

# Marzahn- Hellersdorf

21. Jahrgang / Oktober 2011

# links

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Matthias Schepler vor, in Marzahn aufgewachsen, und noch heute lebter gern hier. Vor Kurzem wurde er Mitglied der LINKEN, sagt, warum er das tat und wie es ihm damit bisher ergangen ist ..... Seite 2

Berlin hat gewählt, im Bezirk belegte DIE LINKE in 4 von 6 Wahlkreisen den 1. Platz, wird wieder die stärkste Fraktion in der BVV stellen und hat knapp hinter der SPD Platz 2 bei den Zweitstimmen fürs Abgeordnetenhaus belegt ..... Seiten 1, 2, 4, 5

Die Jugendseite - dieses Mal mit den Themen: Die Jugend verloren - wie gewählt wurde - der Versuch einer ersten Analyse über das Abschneiden der LINKEN bei der Berlin-Wahl / Castor 2011 - Energiewende jetzt ..... Seite 7

## Nach der Wahl

**W**ochen anstrengenden Wahlkampfes liegen hinter uns.

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf ist trotz des Verlustes an Zweitstimmen beim Kommunalwahlergebnis stärkste Partei geblieben. Wir haben vier Direktwahlkreise erneut gewonnen. Ein Wahlkreis ging sehr knapp verloren. Ich danke allen Wählerinnen und Wählern, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben. Sie können sich darauf verlassen, dass unsere Partei um ihre im Wahlprogramm festgeschriebenen Ziele kämpfen wird.

Ich danke allen Kandidatinnen und Kandidaten, den vielen Mitgliedern unserer Partei, die an Wahlständen, in Foren, beim Plakatieren und in Steckaktionen für die Ziele der LINKEN kommunal und berlinweit erfolgreich geworben haben.

Unsere Fraktion in der BVV zählt nunmehr 19 Mitglieder (drei weniger als bisher). DIE LINKE hat zwei von fünf StadträtInnen (2 für SPD, 1 für CDU).

Es ist unser Anspruch, als stärkste Partei und Fraktion die Bezirksbürgermeisterin zu stellen. Dafür werben wir zurzeit in Gesprächen mit den anderen demokratischen Parteien. Am 27.10. konstituieren sich sowohl das Abgeordnetenhaus von Berlin als auch unsere Bezirksverordnetenversammlung. DIE LINKE ist nach zehn Jahren nicht mehr in Regierungsverantwortung.

Am 15.10. findet unsere Hauptversammlung statt, auf der wir unsere KandidatInnen für das Bezirksamt nominieren werden, wir beginnen jetzt schon mit der Analyse der Wahlergebnisse und werden sie dort fortsetzen.

Dieser notwendige Prozess beginnt auch auf Landesebene. Wenig hilfreich sind Schulzuweisungen.

Wir haben gesicherte Erkenntnisse aus un-



*Norbert Seichter dankte am Wahlabend allen beim Wahlkampf aktiv Gewesenen und den Wählerinnen und Wählern der LINKEN herzlich. Foto: M. Volkert*

serem Wahlkampf, die wir verallgemeinern müssen, um noch direkter an den Problemen der Menschen in unserem Bezirk und deren Lösung „dran“ zu sein.

In der Oppositionsrolle auf Landesebene werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass das Straßenausbaubeitragsgesetz abgeschafft wird und die Tangentialverbindung

Ost kommt, um nur zwei Themen zu nennen, die das Wahlergebnis in den Siedlungsgebieten nicht unwesentlich zu Gunsten der CDU beeinflusst haben. Das überlassen wir nicht der CDU und dem VdGN, wir werden gemeinsam mit ihnen um die Verwirklichung dieser Ziele im Bezirk und im Abgeordnetenhaus ringen.

Unser Wahlergebnis im Bezirk ist Ausdruck des Vertrauens in DIE LINKE und Würdigung ihrer jahrelangen erfolgreichen Kommunalpolitik. Umso notwendiger ist die Analyse, warum diese Zustimmung punktuell geringer geworden ist, und die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Das gilt sowohl für uns in Marzahn-Hellersdorf, für den Landesverband und ausdrücklich auch für unsere gesamte Partei.

**Norbert Seichter**  
Bezirksvorsitzender

### Was gibt's noch?

**Seite 2:**

- Zur Person: Matthias Schepler
- Petra Pau: Aus Solidarität

**Seite 3:**

- Stadt anders und neu denken
- Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hartz IV“

**Seite 4:**

- Herausforderungen annehmen
- Aus dem Bezirksvorstand

**Seite 5:**

- Gewählte Abgeordnete danken
- Gedanken nach einer Wahl

**Seite 6:**

- 13. August - medienpolitische Nachlese
- Aus den Siedlungsgebieten / Letzte BVV

**Seite 7:**

- Jugendseite

**Seite 8:**

- Tipps und Termine
- Hinten links

# DIE LINKE.

## Zur Person: Matthias Schepler

### Eine andere Welt ist nötig

So steht es in den Programmatischen Eckpunkten der LINKEN, verabschiedet 2007 anlässlich des Zusammenschlusses von Linkspartei.PDS und WASG. Der Satz bringt es auf den Punkt, sagt Matthias Schepler. Am meisten gefällt ihm an der



LINKEN, dass sie sich nicht mit dem neoliberalen System abfindet und nach Alternativen zum Kapitalismus sucht! Er hält sie wegen ihres Einsatzes für das Soziale und für Frieden für wichtig.

Am 30. Juni dieses Jahres hat Matthias den nach seiner Meinung längst überfälligen Schritt getan und trat in DIE LINKE ein, weil

### Petra Pau (MdB): Aus Solidarität

Wochenlang wurde die Spannung hochgetrieben. Wird Bundeskanzlerin Merkel eine eigene Mehrheit erhalten oder nicht? Es ging erneut um einen so genannten Rettungsschirm für Griechenland. Und um die Frage, ob die Koalition aus CDU/CSU und FDP noch handlungsfähig sei? Anderenfalls, so piffen es die Spatzen längst von den Dächern, drohten vorgezogene Bundestagswahlen. Die wiederum dürfte die angeschlagene FDP nicht überleben, wurde orakelt. Und so hatten die Medien ihr Fressen. Plötzlich meldete sich auch noch DGB-Chef Sommer zu Wort. Alle Fraktionen sollten der Griechenland-Hilfe zustimmen, appellierte er. Aus Solidarität! Zur Erinnerung, worum es geht: Griechenland soll mit zig Milliarden Euro geholfen werden, damit der Staat nicht zahlungsunfähig werden, im eigenen Lande und gegenüber internationalen Banken, vor allem zugunsten letzterer. Im Gegenzug müsse Griechenland Löhne und Renten kürzen, öffentlich Beschäftigte en masse entlassen, Staatseigentum privatisieren und Kompetenzen der Regierung und des Parlaments an Gläubiger, also wiederum an Banken abtreten. Und das alles umschreibt ein namhafter

er „dabei helfen möchte, eine starke Kraft links der SPD zu etablieren, anstatt passiver Beobachter zu bleiben“.

Der Entschluss kam also nicht überraschend. Seitdem der heute 25-Jährige das Gymnasium besucht hatte, war er politisch interessiert. Das Praktikum im neunten Schuljahr hat Matthias bei der Bundeszentrale von [solid] absolviert. Und immerhin grüßt das Marx'sche „Kapital“ von seinem Bücherregal. Es ist eine alte Version, die einst seinem Urgroßvater gehörte und die er zum 16. Geburtstag von seinen Großeltern geschenkt bekam. Sie hat seither einen Ehrenplatz in seiner kleinen Bibliothek, wie Matthias nicht ohne Stolz sagt.

Sein Eintritt in DIE LINKE, den er nicht über das Internet, sondern des Kontaktes wegen persönlich im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße erklärte, fiel mit den Vorbereitungen auf den Wahlkampf zusammen. Das war eine gute Gelegenheit, andere Genossen kennen zu lernen. Die hat er auch gleich genutzt, ob als Unterstützung für das zentrale Wahlkampfteam oder in Marzahn-Nord, wo Matthias in der Niemecker Straße

wohnt und sich zu Hause fühlt. Dort ist er verwurzelt, hat Freunde im Kiez. Und er mag die Gegend, das viele Grün und die Sportplätze, sie sind intakt.

Gleich nach der Wahl hat der junge Mann selbst die Initiative ergriffen, um die Genossen und Genossinnen in den Basisorganisationen seines Wahlkreises und ihre Arbeitswei-

deutscher Gewerkschaftsführer mit „Solidarität“?!

Anderer bringen eine „geordnete Insolvenz“ Griechenlands ins Spiel, einschließlich Auszug oder Rausschmiss aus der Euro-Zone und der Europäischen Union. Nahezu alle großen Medien lassen derweil online darüber abstimmen, wer dafür oder dagegen sei. Dass die Bundesrepublik Deutschland bei solchen Szenarien der größte Verlierer wäre, weil Exporte in Windeseile einbrechen und heimische Arbeitsplätze wegbrechen würden, über diese ökonomische Binse liest man selten etwas. Griechenland sei faul, gefräßig, unwürdig. Das sind die gefährlichen Botschaften. Rechtspopulisten zollen erfreut Beifall.

Im „Handelsblatt“ haben Journalisten und Wissenschaftler ein Titanic-Szenario entwickelt. Sie schrieben einfach fort, was sie bislang beobachtet hatten: an Zögern, an Fehlern, an Feigheit bei der herrschenden Politik. Am Ende ihres Denkspiels steht eine zertrümmerte Europäische Union und eine Diktatur der Finanzwelt. Das Schlimme daran ist: Es ist aus dieser Welt. Natürlich hat DIE LINKE, habe ich, im Bundestag nicht zugestimmt. Aus Solidarität!

se kennen zu lernen.

Wenn sein Studium, Latein und Sozialkunde auf Lehramt, und die Politik ihm noch Zeit lassen, treibt er Sport. Außerdem zählt Lesen zu seinen Hobbys.

Und wer im Kaufpark Eiche einkaufen geht, könnte Matthias an der Kasse treffen, denn das Leben gibt es nicht zum Nulltarif.

S. Behrens / Foto: Y. Rami

## Gewählt ...

... für DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf ins Abgeordnetenhaus von Berlin:

Wahlkreis 1: **Wolfgang Brauer**

Wahlkreis 2: **Dr. Manuela Schmidt**

Wahlkreis 3: **Dr. Gabriele Hiller**

Wahlkreis 4: **Regina Kittler**

... als Mitglieder der neuen BVV-Fraktion der LINKEN (19 Sitze):

1. Dagmar Pohle
2. Petra Wermke
3. Klaus-Jürgen Dahler
4. *Manuela Schmidt \*)*
5. *Regina Kittler \*)*
6. Bjoern Tielebein
7. Heinrich Niemann
8. Sarah Fingerow
9. Christian Schwinge
10. Zoe Dahler
11. Norbert Seichter
12. Juliane Witt
13. Eberhard Roloff
14. Renate Schilling
15. Horst Schubert
16. Nadja Hirseland
17. Peter Lemke
18. Marina Richter-Kastschajewa
19. Frank Beiersdorff
20. *Svetlana Hayduk*
21. *Olaf Michael Ostertag*

\*) *Da diese beiden Gewählten ihre Mandate im Berliner Abgeordnetenhaus ausüben werden, rücken die hier auf Platz 20 und 21 Genannten in die BVV-Fraktion nach.*

**Das Berliner Abgeordnetenhaus tritt zu seiner konstituierenden Sitzung am 27. Oktober ab 13 Uhr zusammen, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Marzahn-Hellersdorf danach.**

## Einheitsgelübde bleiben Sonntagsreden

*Zum 21. Jahrestag der deutsch-deutschen Vereinigung erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:*

So lange Ossis als pflegeleichter gelten, also Beschäftigten in Pflegeberufen im Osten weniger Mindestlohn zugestanden wird als gleich engagierten Wessis, bleiben Einheitsgelübde hohle Sonntagsreden

## „Wir müssen die Stadt anders und neu denken“

So lautet die Quintessenz der Kulturkonferenz, zu der die Ständige Kulturpolitische Konferenz, die LAG Kultur Berlin der LINKEN und das Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang September in das KulturGut Marzahn eingeladen hatten. Nicht die kulturellen Leuchttürme des Bezirks und der Stadt waren das Thema, sondern das Leben hinter den Kulissen, die Sicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kunst- und Kulturschaffenden, ohne die und deren Werke die Gesellschaft um vieles ärmer wäre. Das Schlagwort Kreativwirtschaft, von Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt (DIE LINKE) ins Spiel gebracht, belebte die Diskussion. Die Künstler fühlen sich jedoch, gelinde ausgedrückt, auf den Arm genommen. Trotz einiger Erfolge, wie der Schaffung von Produktionsräumen durch Fördermittel oder der Anregung kreativer Prozesse durch die Ausschreibung von Wettbewerben, sind noch längst nicht alle Barrieren zwischen Kultur-

und Wirtschaftsressort überwunden. Durch eine Änderung der Liegenschaftspolitik könnten dauerhaft Orte geschaffen werden,



Wolfgang Brauer auf der Kulturkonferenz der LINKEN. Foto: S. Behrens

wo Kunst- und Kulturschaffende leben und arbeiten können, so der frühere Kultursena-

tor Thomas Flierl.

Als Kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus weiß Wolfgang Brauer um die Sorgen und Nöte, ist er doch oft bei KünstlerInnen und Kulturschaffenden vor Ort: Im Fokus linker Kulturpolitik für die nächsten Jahre stehen die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden, denn „man muss von Kunst auch leben können“.

Genauso wichtig sind die Möglichkeiten der Konsumtion von Kultur. Wer hat überhaupt noch Zugang zu Kunst und Kultur? Brauer denkt dabei vor allem an seinen Wahlkreis Marzahn-NordWest, in dem ein Kinderarmut von 60 %, 70 % zu verzeichnen ist! Die Entwicklung cleverer Modelle für die Teilhabe auch sozial schwacher Familien steht als zweiter Punkt auf der Agenda. Andere Förderstrukturen und eine gerechtere Verteilung von Geld sind dafür Voraussetzung.

Sabine Behrens

## Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV:

### Heute: Langzeitarbeitslosigkeit – was bedeutet das eigentlich?

Seit den ersten Forschungen zu den Folgen von Arbeitslosigkeit wird immer wieder bestätigt, dass Arbeitslosigkeit krank machen kann, insbesondere Langzeit-Arbeitslosigkeit. Was bedeutet das konkret? Vor zwei Wochen kam Frau Schulze (Name geändert) in die Hartz-IV-Sprechstunde im LINKEN TREFF. Ihr Weg erinnert mich in vielem an eigene Erfahrungen.

Frau Schulze ist Dipl.-Ingenieur-Ökonomin und war in der DDR in ihrem Beruf beschäftigt, bis es diesen Betrieb in der BRD nicht mehr gab. Frau Schulze hatte Glück, ihre Ausbildung wurde der BRD-Ausbildung zum Dipl.-Wirtschaftsingenieur gleichgestellt. Dennoch gelang ihr der Sprung in den 1. Arbeitsmarkt nicht. Arbeitslosigkeit – das war eine neue Erfahrung. Zuerst glaubt man selbst noch, man muss sich nur richtig anstrengen, alles unternehmen, was nötig ist, dann wird es schon irgendwann klappen ... Nach einiger Zeit und zahllosen Absagen ist die Kraft verbraucht, das Selbstwertgefühl sinkt in den Keller. Die Freunde werden weniger – wer will sich schon immer einladen lassen bei gemeinsamen Unternehmungen. Und selbst wenn man sich zum Spaziergang trifft, findet man kaum noch gemeinsame Gesprächsthemen – die Beziehung verliert sich. Mit der Zeit hat man schon Angst vor der Frage „Wie geht's?“ – niemand will immer wieder dieselben schlechten Nachrichten hören oder sagen.

Frau Schulze nahm jede erreichbare Arbeit an. Das waren 2 Jahre in einer Zeitarbeitsfirma sowie je 1-2 Jahre in einem Obdachlosenheim, einem Schülerklub, einem Sportklub und einem Friedhof in ABM oder 1,50-Euro-Jobs. Nie eine Arbeit oder „Maßnahme“, in der sie ihre bisherigen Berufserfahrungen oder gar ihre Qualifikation einbringen konn-

te. So wurde ihre formal anerkannte Qualifikation immer mehr entwertet. Und immer die Erwartung der nächsten Arbeitslosigkeit nach Maßnahme-Ende, ohne Perspektive. Und zwischendurch immer wieder diese Arbeitslosigkeit, 5 – 10 Bewerbungen im Monat, meist gar keine Reaktion darauf, sonst nur Absagen.

„Das Schlimmste ist, nicht mehr gebraucht zu werden!“, sagt Frau Schulze.

Im Zuge dieser Entwicklung wurden Krankheiten chronisch, neue Krankheiten kamen hinzu. Rentenversicherung und Krankenhaus empfahlen dringend eine arbeitsmarktnahe Umschulung zur Verbesserung der Vermittlungschancen. Das Arbeitsamt sah da keine Möglichkeiten, sie sollte sich selbst etwas besorgen. Sie fand eine Fortbildung bei einem sozialen Träger, die vom Arbeitsamt gefördert wurde. Dort war aber gerade die Vermittlung von Arbeits-Maßnahmen angesagt. Also gab es eine Zuweisung zu einer ABM anstelle der Fortbildung. Und danach wieder die Arbeitslosigkeit, die Bewerbungen, die Absagen – ein ewiger Kreislauf zwischen Hoffnung aufbauen und Enttäuschung verkraften. Die Forderungen nach einer monatlichen Mindestzahl von Bewerbungen über Jahre sind ein zuverlässiges Mittel, die letzten psychischen und körperlichen Reserven aufzubrechen, ganz besonders, wenn sich der/die Betroffene mit dieser Forderung identifiziert. Es ist ein Gebot des Selbstschutzes, aus diesem Kreislauf auch mal auszusteigen und sich erst mal wieder aufzubauen. Dann aber liefert der/die Arbeitslose damit wieder Argumente für die Diffamierungs-Kampagnen „Die wollen gar nicht arbeiten, liegen nur in der sozialen Hängematte.“

Auch die Gesundheit von Frau Schulze ver-

schlechterte sich weiter. Inzwischen ist sie Erwerbsunfähigkeitsrentnerin auf Grund mehrerer chronischer Krankheiten und einem Schwerbehinderungsgrad von 60 %. Ihre Rente liegt nach fast 30 Arbeitsjahren knapp über dem Hartz-IV-Satz. Doch selbst dieses kleine Plus landet nicht in ihrem Portemonnaie, denn sie ist verheiratet. Ihrem Mann geht es ähnlich: langzeitarbeitslos, chronisch krank, 50 % Schwerbehinderung. Und momentan in einer zugewiesenen Maßnahme, die seine Behinderung nicht berücksichtigt – da wird er die Maßnahme wohl überwiegend im Krankenstand absolvieren müssen. Und weil beide zusammenleben, stehen Ihnen laut Gesetz nur 90 % des Regelsatzes zu (328,00 statt 364,00 Euro). Und ihre Rente wird voll angerechnet. „Wovon soll ich denn jetzt die Medikamente bezahlen, die Ersparnisse sind inzwischen aufgebraucht. Ich habe chronisch stark schwankende Zuckerwerte, muss täglich messen, um Mahlzeiten und Medikation danach einzurichten. Allein die Zucker-Teststreifen kosten fast 40 Euro im Monat. Aber die Krankenkasse bezahlt die Teststreifen und die Medikamente nicht, weil ich nicht insulinpflichtig bin. Und die teuren Salben auch nicht, die mein Mann täglich wegen seiner Schuppenflechte braucht. Wie sollen wir das machen?“

DIE LINKE fordert eine bedarfsdeckende sanktionsfreie Mindestsicherung nach dem Individualprinzip, das dem Einzelnen einen eigenen Anspruch gewährt und auch nachgewiesene Sonderbedarfe übernimmt (s. Bundestags-Antrag der LINKEN: Drucksache 17/659).

Hartz IV muss weg!

Sonja Hildebrandt

## Herausforderungen annehmen

In den vergangenen Monaten des Wahlkampfes hatten wir eine gute und schwer ersetzbare Gelegenheit zum ganz direkten Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Es waren für mich schöne, bleibende Erfahrungen, die mir die verschiedenen Stadtteile unseres Bezirkes, aktive Menschen in den sozialen Projekten und vor allem auch viele Genossinnen und Genossen sehr nahe gebracht haben.

Meist zufällig, morgens auf dem Weg zu ihrem Büro, abends beim Einkauf oder beim Stadtteilstreffen haben sie uns wissen lassen, was ihnen wichtig ist und was ihnen Angst macht an der Art, wie Deutschland derzeit regiert wird. Es gab auch viele, die von der Form, in der Politik Entscheidungen fällt, abgestoßen sind, die sich um ihr Geld sorgen, um die Lebensversicherung, um die soziale Absicherung im Alter, wenn jetzt die Gelder der großen Rentenfonds an den Aktienmärkten verbrannt werden.

„Was kommt an Problemen auf uns zu und was kann DIE LINKE tun?“, wurde relativ häufig gefragt. Manchmal hatten die Menschen, noch bevor wir antworten konnten, sich schon selbst eine Meinung gebildet. „Mehr Protest“ riefen die Einen – „Protest alleine reicht nicht, wir brauchen Lösungen hier im Alltag“ die Anderen. Sie haben auch deutlich gemacht, was sie vermisst haben an der Landespolitik und was sie schätzen an der Kommunalpolitik im Bezirk. Häufig gehen die Themen quer durch alle Bereiche, rei-

### Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand hat sich natürlich mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV beschäftigt, darüber ist aber an anderer Stelle in dieser Ausgabe die Rede – und wir werden uns natürlich weiter mit den Schlussfolgerungen beschäftigen. In der ersten September-Sitzung ging es aber auch um ein anderes Problem. Am 2. September fand zum dritten Mal auf dem Alice-Salomon-Platz die Veranstaltung „Schöner leben ohne Nazis“ statt. Sie fand viel Aufmerksamkeit, die zahlreichen beteiligten Einrichtungen demonstrierten eindringlich, dass Marzahn-Hellersdorf ein „Ort der Vielfalt“ ist und rechtes Gedankengut, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus von der großen Mehrheit der Bewohner abgelehnt werden. Nach Ansicht des Bezirksvorstandes hat sich diese Veranstaltung fest im Bezirk etabliert, sie sollte auch in Zukunft weitergeführt werden. DIE LINKE wird das selbstverständlich unterstützen.

Und diese Aufmerksamkeit ist auch weiter dringend erforderlich. Die NPD hat es wieder ins Bezirksparlament geschafft – mit nur 2 Verordneten, also nicht in Fraktionsstärke, aber immerhin mit 4,1 Prozent der Stimmen. Und es geht ja nicht nur um „Nazis“, in diesem Jahr sind im Bezirk mit „pro Deutsch-

chen von der Forderung nach konsequenter Friedenspolitik bis zum unmittelbaren Kampf um die Frage der „Müllschlucker“. Wer sich jeweils kümmert, haben wir meist schnell



Dr. Gabriele Hiller (links im Bild), erneut ins Abgeordnetenhaus gewählt, hat den Wahlkreis 3 wieder direkt gewonnen, hier gemeinsam mit Juliane Witt am Wahlabend im Linken Treff.

Foto: H. Hiller

ausmachen können, bundespolitische Anliegen konnten rasch weitergereicht werden und auch gleich geklärt, wer sich um die Geweige kümmert. Jenseits von den Themen vor Haustür wurde aber auch immer wieder jene Erwartungshaltung ziemlich genau formuliert: DIE LINKE möge geschlossen auftreten, sich nicht in Strömungskämpfen vertun, die Historie der DDR respektieren – aber bitte auch nach vorne schauen. Und da gibt es klare Aufgaben für eine LINKE in Verantwortung, auch konkret für uns hier im Bezirk: Scharfe

land“ und „DIE FREIHEIT“ zwei Parteien angetreten, die deutlich rechtsgerichtete, fremdenfeindliche, intolerante Auffassungen vertreten – die Plakate mit der durchgestrichenen Moschee waren ja nicht zu übersehen. Diese beiden Parteien haben zusammen immerhin ebenso viele Stimmen erhalten wie die NPD.

Es sind „nur“ etwa 8000 Wähler, die diesen Parteien ihre Stimme gegeben haben. Und ich bin überzeugt, dass das nicht 8000 „Nazis“ sind. Da mag auch eine undifferenzierte Protesthaltung eine Rolle spielen, aber es gibt eben auch subtilere Formen von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit.

„Schöner leben ohne Nazis“ ist eine gute, bemerkenswerte Veranstaltung. Der Kampf gegen rechte Ideologien findet aber jeden Tag statt, nicht nur auf großen Veranstaltungen, sondern auch in ganz alltäglicher Arbeit.

Auch wenn wir noch ganz unter dem Eindruck der Wahlen stehen: DIE LINKE führt vom 21. bis 23. Oktober einen Parteitag durch, bei dem es insbesondere um das neue Parteiprogramm geht. Wer den Programmtext im Eifer des Wahlkampfes beiseite gelegt hatte, sollte ihn wieder hervorsuchen – nach dem Parteitag stimmen wir alle in einem Mitgliederentscheid darüber ab!

Bernd Preußner

Reden sind gut – aber konkrete Unterstützung für Projekte ist besser. Das Anprangern von Ausbeutung ist nötiger denn je – aber die von vielen Genossen durchgeführte konkrete Beratung von notleidenden Menschen ist enorm wichtig. Wenn in der Nachbarschaft

die Wut auf die globalisierte Elite brodeln, müssen wir für diese Stimmung ein politisches Angebot unterbreiten, Freiräume erkämpfen und offen sein für jene, die heute Widerstand praktizieren wollen. Damit es eine Alternative zu diesem System der Profitmaximierung gibt und diese Mehrheiten findet, müssen wir die Landkarte der Linken neu einordnen, neue Gefährten finden und mit ihnen gemeinsam was

riskieren. Lieber ein Stück zu weit als zu ängstlich, lieber mit vielen als nur im eigenen Kämmerchen. Das ist eine schwierige, aber spannende Herausforderung und ich freue mich, dass ich hier gemeinsam mit erfahrenen und jungen Genossinnen und Genossen dazu beitragen kann, dass wir sie annehmen.

Juliane Witt

Mitglied der neuen Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf

## Der behindertengerechte Übergang zum Eastgate

Das ist schon so eine Geschichte.

Ich bekomme einen Anruf von der Sozialarbeiterin des Pflegeheims in der Zühlisdorfer Straße. Der dortige Heimbeirat würde mich als Sprecher der Bürgerinitiative Marzahner Promenade einladen wollen. Ich sagte zu.

Es gab massive Beschwerden des Heimbeirates zu Sicherheit, Betreuung und auch zu einem schlechten, nicht behindertengerechten Übergang zum Eastgate mit einem Rollstuhl ohne fremde Hilfe oder mit Rollator. Maria, auch von der Bürgerinitiative, gab sachkundige Ratschläge und Hinweise, die auch dankbar entgegengenommen wurden. Wir verpflichteten uns, uns der geäußerten Kritiken und Beschwerden anzunehmen und nach unseren Möglichkeiten zu helfen.

Unsere Bitte an die Heimaufsicht des Senats zur Unterstützung wurde mit dem Hinweis eines Verantwortlichen dort, kein Gespräch mit uns zu führen, weitergeleitet.

Da war uns dann die Genossin Dr. Margrit Barth, unsere Abgeordnete im Abgeordnetenhaus, eine große Hilfe.

Und nicht nur sie. Wir baten das Tiefbauamt ebenfalls um Hilfe für einen behindertengerechten Übergang zum Eastgate und fanden dort große Unterstützung.

Das Ergebnis lässt sich sehen.

Übrigens, als ich jüngst an dem Pflegeheim vorbeiging, hing da an der Eingangstür ein großes Plakat „Dieser Betrieb wird bestreikt“.

Bodo Lützenberg

# Marzahn-Hellersdorfer LINKE dankt Wählerinnen und Wählern

## Ein weinendes und ein lachendes Auge

Die Eindrücke des harten Wahlkampfes sind noch frisch und die Freude über den Sieg im Wahlkreis ist groß. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, war Ergebnis engagierter Teamarbeit – danke an alle Beteiligten!

Doch ein weinendes Auge bleibt, denn nun heißt es Abschied nehmen von meiner fast zehnjährigen Tätigkeit als Jugendstadträtin in unserem Bezirk.

Das lachende Auge ist die Neugierde auf die neue Aufgabe, ist das Wissen um die vielen Erfahrungen und Kenntnisse aus meiner bisherigen Arbeit in Marzahn-Hellersdorf, die ich in meine neue Tätigkeit einbringen werde. Auch im Abgeordnetenhaus will ich mich für die Belange von Kindern, Jugendlichen und deren Familien engagieren, will ich dafür streiten, dass unsere Kinder vom Kindergarten an beste und vor allem gleichberechtigte Bildungschancen haben – so, wie es auch Schwerpunkt und zugleich Versprechen in meinem Wahlkampf, aber auch in meiner gesamten bisherigen Arbeit war und ist.

Aus vielen persönlichen Kontakten und Gesprächen mit den Menschen – ob jung oder alt – kenne ich die Erwartungen an uns als Partei, an mich als Abgeordnete. Ich werde mich dafür engagieren, dass das Vertrauen der Menschen in uns als Partei wieder wächst.

**Dr. Manuela Schmidt**

Mitglied des Abgeordnetenhauses



## Was ich will

Unsere WählerInnen sollen linker Politik wieder vertrauen können! Die Wohnungen in der Großsiedlung müssen für alle bezahlbar bleiben. Niemand soll im Siedlungsgebiet vertrieben werden, weil unverschämte Kostenbeteiligungen z.B. durch die Wasserbetriebe nicht mehr bezahlbar sind. Unsere Schulen sollen nicht nur „reformiert“ sein, sondern auch so ausgestattet werden, dass die Schüler gern lernen, die Lehrerinnen und Lehrer weniger frustriert in den Unterricht gehen. Die unsäglichen Bedarfsprüfungen für Kitas und Horte sollen wegfallen. Alle Kulturinteressierten müssen sich die Tickets für Theater und Zoo wieder leisten können. Die Galerie M muss am Orte erhalten bleiben, die Bibliotheken müssen besser ausgestattet werden.

**Wolfgang Brauer**

Mitglied des Abgeordnetenhauses

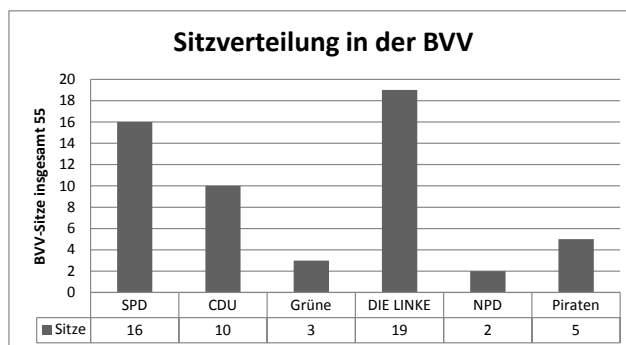


## Gruppensieg im WK 4

Ich freue mich, dass ich es in unserem Wahlkreis 4 geschafft habe, die Wahlkreisabgeordnete zu werden. Das ist ein Gruppensieg gewesen! Deshalb also zunächst mein Dank an alle, die mit mir gemeinsam über Monate dafür gekämpft haben! Ab dem 27. Oktober werde ich nun im Berliner Abgeordnetenhaus sein und alle können sich darauf verlassen, dass ich mich für die Lösung der Probleme in Marzahn-Süd, Biesdorf und Friedrichsfelde-Ost einsetzen werde, ob es nun um die „Müllschlucker“, das Straßenausbaubeitragsgesetz oder um die TVO geht. Ich will mich auch besonders in der Bildungspolitik engagieren, damit es für Lernende und Lehrende bessere Bedingungen gibt!

**Regina Kittler**

Mitglied des Abgeordnetenhauses



## Gedanken nach einer Wahl

Berlin hat gewählt, Marzahn-Hellersdorf natürlich auch. Wir haben ein wenig Abstand gewonnen, die ersten Emotionen sind verarbeitet, die Aufregung um Zählfehler und Verwechslungen – es gab sie auch in unserem Bezirk – hat sich gelegt. Ohne einer gründlichen Analyse vorzugreifen, kann man über erste Erkenntnisse nachdenken.

Wir haben im Bezirk in 4 von 6 Wahlbezirken das Direktmandat gewonnen, dazu auch mein persönlicher herzlicher Glückwunsch an Gabriele Hiller, Regina Kittler, Manuela Schmidt und Wolfgang Brauer. Wir sind mit 19 Verordneten die stärkste Fraktion in der BVV, auch da allen Gewählten die besten Wünsche. Wir kämpfen weiter um unser Ziel, die Bezirksbürgermeisterin zu stellen. Das alles ist Grund zur Freude, und diese Ergebnisse wurden mit großem Einsatz von vielen beim Wahlkampf Aktiven und natürlich auch von den Kandidatinnen und Kandidaten selbst erzielt.

Grund zur Zufriedenheit ist es nicht. Wir hatten uns mehr vorgenommen. Den Wahlkreis 6 haben wir knapp (nach der Neuauszählung mit 28 Stimmen Differenz zum Erstplatzierten) an die SPD abgeben müssen. Ich wohne in diesem Wahlkreis – am Engagement von Klaus Jürgen Dahler und seinem Wahlkampfteam hat es gewiss nicht gelegen. Im Wahlkreis 5 ging es anders als in der Vergangenheit nicht knapp zu, hier hat der Kandidat der CDU gewonnen – mit dem dritthöchsten Vorsprung aller Berliner Wahlkreise, vor der Kandidatin der SPD wohl gemerkt. Es zeigt sich, dass DIE LINKE im Siedlungsgebiet, besonders in Kaulsdorf und Mahlsdorf, deutlich an Boden verloren hat. Während wir bei früheren Wahlen auch dort bei den Stimmen zur BVV vorn lagen, hat sich das geändert. Da kann man schnell an die Stichworte Wasser und Straßenausbaubeitragsgesetz denken, das hat ganz bestimmt eine Rolle gespielt, aber

wir sollten nicht vorschnell nach „einfachen“ Antworten suchen. Wir haben in den letzten zehn Jahren in Marzahn-Hellersdorf rund die Hälfte der Wähler (2001 PDS im Vergleich zu 2011 DIE LINKE) verloren. Darüber werden wir gründlich nachdenken müssen. Das ist nämlich kein allgemeiner Trend von angeblicher „Parteienmüdigkeit“, die SPD hat im gleichen Zeitraum etwa 20 Prozent Wähler dazugewonnen.

„Verstecken“ müssen wir uns mit unserem Ergebnis nicht, auch nicht im Vergleich zu anderen Bezirken. Wir haben uns am Wahlabend zu recht über die erkämpften Mandate gefreut. Aber uns erwartet nun eine schwierige Aufgabe. „LINKE muss ihre Lektion schnell lernen“ überschrieb das ND einen Bericht von der Sitzung des Landesausschusses. Aber erst mal müssen wir wohl klären, worin denn diese Lektion genau besteht.

**Bernd Preußner**

## Der 13. August 1961. Eine medienpolitische Nachlese.

In den Tagen um den 13. August waren die Medien gefüllt mit Berichten über das Jahr 1961 und die Zeit der deutsch-deutschen Spaltung. In der überwiegenden Mehrheit wiederholten sie bekannte Klischees und bedienten den zeithistorischen Mainstream der Delegitimierung der DDR. Schon zu Zeiten der Existenz der Mauer entstanden auf beiden Seiten Geschichtsmythen, die in unterschiedlichem Maße auch heute eine Rolle spielen. In der DDR wurde vom „antifaschistischen Schutzwall“ gesprochen und im Westen von der „innerdeutschen Grenze“. Beide Bilder waren unzutreffend, denn weder schützte die Mauer vor dem Faschismus, noch war die Grenze zwischen Westberlin und der DDR „innerdeutsch“ wie etwa die Grenze zwischen Sachsen und Thüringen oder Bayern und Baden-Württemberg. Falsch ist auch die häufig zu vernehmende Behauptung, dass die Mauer Berlin gespalten habe. Sie entstand 1961, da war die Stadt bekanntlich schon über ein Jahrzehnt gespalten. Der Medienrummel um den 50. Jahrestag des Mauerbaus war für Prof. Dr. Siegfried Prokop, 1994-96 Vorsitzender der Alternativen Enquetekommission „Deutsche Zeitgeschichte“, Anlass, seine Forschungsergebnisse über den 13. August 1961 und die Folgen für die politischen Entwicklungen in Deutschland und der Welt im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum vorzustellen.

Dabei hatte er Interessantes zu berichten. Zum Beispiel, dass der stellvertretende Kommandant des britischen Sektors von Berlin dem BBC-Korrespondent Paul Oestreicher „off the record“ – mit dem Hinweis, keinesfalls davon Gebrauch zu machen, auch nicht zwischen den Zeilen – die Maßnahmen vom 13. August 1961 bereits wenige Tage später mit den Worten bewertete: „Wir Westmächte sind über den Mauerbau eigentlich erleichtert. Für die absehbare Zukunft ist Westberlin gesichert. Der destabilisierende Flüchtlingsstrom war einfach nicht mehr tragbar. Ein ökonomischer Zusammenbruch Ostdeutschlands hätte eine unkalkulierbare sowjetische Reaktion ausgelöst. Die Gefahr eines neuen Krieges ist nun erst einmal gebannt ... Und schlussendlich hat man uns mit der Mauer auch noch eine nützliche Propagandawaffe geliefert.“ (vgl. Berliner Ztg. vom 24.10.2009) Außerdem konnte Prof. Prokop schlüssig zeigen, dass für Walter Ulbricht, der einen separaten Friedensvertrag favorisierte, die Mauer nicht die gewollte, ideale Lösung war. Der Friedensvertrag war mit der Drohung eines Atombombenabwurfs auf einen sowjetischen Truppenübungsplatz in der DDR durch Franz-Joseph Strauß, 1956-62 BRD-Verteidigungsminister (vgl. „Atom-Ultimatum“ in den Memoiren von Strauß), für den Fall der hoheitlichen Luftkontrolle ihres Territoriums durch die DDR, nicht mehr möglich. Die sowjetische

Führung unter Chruschtschow entschied den Mauerbau. Ulbricht, auf die Schüsse an der Mauer angesprochen, sagte 1962 zu Oestreicher: „... ohne Schüsse hätten wir die Mauer gar nicht bauen brauchen. Jeder Schuss an der Mauer ist zugleich ein Schuss auf mich. Damit liefere ich dem Klassenfeind die beste Propagandawaffe. Den Sozialismus und damit den Frieden aufs Spiel zu setzen, würde aber unendlich viel mehr Leben kosten.“ In der anschließenden, angeregten Diskussion reflektierten viele Besucher des Forums den Mauerbau mit ihren persönlichen Erinnerungen, in denen auch deutlich wurde, dass die Spaltung zwischen Ost und West eigentlich schon mit der Währungsreform 1948 begonnen hatte.

**Dr. Wolfgang Girnus**

*Literatur von Prof. Siegfried Prokop zum Thema:*

- Siegfried Prokop: *Die Berliner Mauer (1961-1989): Fakten, Hintergründe, Probleme.* Kai Homilius Verlag, Berlin 2008, ISBN-13: 978-3897064041

- Siegfried Prokop und Dieter Becker (Hrsg.): *Die unvollendete Einheit. Kolloquium zum 15. Jahrestag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. 2., erw. Auflage,* Kai Homilius Verlag, Berlin 2006, ISBN-13: 978-3897067967.

## Aus den Siedlungsgebieten

### DIE LINKE tritt für Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes ein

Wer sich die Wahlergebnisse zu den Direktwahlkreisen 5 und 6 zum Berliner Abgeordnetenhaus, die Zweitstimmenentwicklung bei der Abgeordnetenhauswahl und Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung ansieht, der stellt fest, dass die CDU (mit Hilfe des VDG) die anderen demokratischen Parteien deutlich distanziert. Das liegt zum einen an der Konzentration der CDU in diesem Wahlkreis mit einem eigenen Bürgerbüro und zum anderen in der Schwäche der anderen Parteien, ihre Positionen in der Entwicklung dieser Gebiete glaubhaft zu vertreten. Allein die Diskussion um das Straßenausbaubeitragsgesetz, die damit verbundene Zuspitzung, die Verwendung unseriöser Zahlen und die mediale Begleitung einer Empfehlung zu Gunsten der CDU-Kandidaten Czaja und Gräff in fast jeden Haushalt durch die so genannten Fachzeitschriften des VDG haben hier für einen deutlichen Zuwachs von Stimmen für die CDU gesorgt. Da die SPD kaum gerügt bzw. auch nur erwähnt wurde, hat vor allem DIE LINKE massive Verluste im Siedlungsgebiet zu beklagen. Lediglich in Biesdorf ist es durch ein offensives Auftreten von Regina Kittler und Manuela Schmidt gelungen, unsere Positionen deutlich zu machen und zum Beispiel an Hand der Maßnahmen der Berliner Wasserbetriebe in der Schönagelstraße die Strategie der CDU zu durchkreuzen. Mit Hilfe sachkundiger Bür-

gerinnen und Bürger kann heute festgestellt werden, dass die Maßnahmen der Berliner Wasserbetriebe nicht einen völligen Neubau erforderlich machen, sondern dass eine nicht beitragspflichtige Teilsanierung möglich ist. Warum das nicht schon das von Christian Gräff (CDU) geführte Tiefbauamt feststellte, bleibt offensichtlich dem Wahlkampf geschul-

det. Wir werden als DIE LINKE im Bezirk und in Berlin für die Abschaffung des umstrittenen Gesetzes eintreten und uns zugleich um mehr Bürgernähe in den Siedlungsgebieten Mahlsdorf, Kaulsdorf, Friedrichsfelde-Ost und Biesdorf mühen.

**Klaus-Jürgen Dahler**

## Letzte BVV-Sitzung in dieser Wahlperiode

Die Tagesordnung hatten die Fraktionen für diese Sitzung möglichst kurz gestaltet. Im Vordergrund standen Glückwünsche und Dankesreden. Im Besonderen ist hierbei ein großer Dank an die Mitarbeiterinnen des BVV-Büros hervorzuheben. Sie begleiten die Bezirksverordnetenversammlung und ihre Mitglieder zumeist im Hintergrund und sorgen in der Wahlperiode dafür, dass alle Fraktionen die notwendigen Unterlagen haben, Veranstaltungen der BVV reibungslos ablaufen und haben für jede Frage auch fast immer die richtige Antwort.

Einige Themen waren dann aber doch noch zu behandeln. Bei den Vorlagen zur Kenntnisnahme stand erneut das Jugendsinfonieorchester im Mittelpunkt. Trotz eines entsprechenden Ersuchens der BVV, die Probestun-

den nicht zu kürzen, hatte der zuständige Stadtrat Richter (SPD) genau eben dieses getan. Es fanden sich allerhand Widersprüche in dessen Vorlage, die Gegenstand der Debatte waren. Bündnis-Grüne und DIE LINKE werden dies in der neuen BVV zeitnah auf die Tagesordnung setzen und darum kämpfen, die Qualität des Orchesters zu erhalten.

Ohne Diskussion wurden Anträge zur Prüfung für einen Sonnenschutz eines Spielplatzes, für die Suche nach einem alternativen Hortstandort der Falken-Grundschule sowie zur Unterstützung eines Bürgerhauses in Mahlsdorf-Süd beschlossen. Letzteres hatte Heiner Niemann für DIE LINKE gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern angeregt.

**Björn Tielebein**

## Die Jugend verloren

Der 18. September 2011 war für unsere Partei eine schwere Niederlage. Auf den ersten Blick erscheint ein Verlust von 14.356 Stimmen oder 1,7 % als „blaues Auge“; eine genauere Betrachtung zeigt aber, dass wir ein schwerwiegendes mittel- bis langfristiges Problem haben.

Eine nach Wahlgebieten differenzierte Analyse zeigt, dass wir v.a. im Osten der Stadt verloren haben. Hier erzielten wir das schlechteste Ergebnis bei Wahlen überhaupt. Wir verloren 5,5 % bzw. 17.000 Stimmen absolut. Die langfristige Bedeutung dieser Verluste wird deutlich, wenn man das Ergebnis zusätzlich nach sozio-demographischen Aspekten aufschlüsselt.

Insgesamt kamen wir im Osten der Stadt auf 22,6 % der Stimmen. Dies verdanken wir v.a. den WählerInnen über 60. Von ihnen wählten uns 35 %. Im krassen Gegensatz dazu wählten uns nur 11 % der Unter-30-Jährigen und nur 12 % der WählerInnen zwischen 30 und 44 Jahren. Um die Bedeutung dieses altersdifferenzierten Wahlverhaltens zu verdeutlichen: Berlinweit gelang es uns, 6000 ErstwählerInnen zu gewinnen, während andererseits 17.000 frühere WählerInnen inzwischen verstorben sind.

Dass diese Entwicklung wahrscheinlich unseren Bezirk besonders betrifft, zeigt ein Blick auf die Bezirkswahlergebnisse, auch wenn hier keine spezifischen sozio-demographischen Analysen vorliegen. Während wir trotz aller Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur in den sogenannten In-Bezirken im gesamten Osten 5,5 % verloren, waren es in Marzahn-Hellersdorf immer noch 5,1 % der Zweitstimmen zur Abgeordnetenhauswahl und sogar 7 % bei der BVV-Wahl.

Eine mögliche Erklärung für unser schlechtes Abschneiden bei jüngeren WählerInnen gibt der Blick auf das Wahlergebnis der Piraten. Diese wurden überdurchschnittlich von jüngeren Menschen gewählt. Zugleich ist auch den WählerInnen der Piraten „das Soziale“ überdurchschnittlich wichtig. Im Angesicht der wenig ausgefeilten Positionen der Piraten in diesem Bereich dürften sich hier inhaltliche Fragen kaum wahlentscheidend ausgewirkt haben und auch die netzpolitische Fixierung der Piraten erklärt nicht 9 % im AGH und der BVV Marzahn-Hellersdorf.

Ganz allgemein wird der Erfolg der Piraten bei jungen WählerInnen vor allem auf ihren Anspruch und ihr Versprechen einer anderen politischen Kultur von mehr Beteiligung

und Transparenz zurückgeführt. Wollen wir die jungen WählerInnen zurückgewinnen, so reicht es nicht aus, den jungen GenossInnen den Parteauftrag zu geben, sich mehr um Jugendliche zu kümmern. Gemeinsam müssen wir im Bezirk und im Land überlegen, wie wir eine Kultur der Politik und ein Bild der Partei entwickeln können, das attraktiv für junge Menschen sind.

Hassan Metwally

*Dieser Text basiert auf der Wahlanalyse von Benjamin Hoff und Horst Kahrs [[http://wahlanalysen.files.wordpress.com/2011/09/2011\\_be\\_itw\\_wahlnachtbericht.pdf](http://wahlanalysen.files.wordpress.com/2011/09/2011_be_itw_wahlnachtbericht.pdf)] sowie der Kommentierung des vorläufigen Ergebnisses der Wahl durch die Landeswahlleiterin [[http://www.wahlen-berlin.de/historie/Wahlen/SB\\_B7-2-2-k\\_j05-11\\_BE.pdf](http://www.wahlen-berlin.de/historie/Wahlen/SB_B7-2-2-k_j05-11_BE.pdf)]*

*Empfohlen sei darüber hinaus das Papier der Emanzipatorischen Linken Berlin: <http://emali.blogspot.de/2011/09/19/mit-brennender-sorge-noch-kann-alles-gut-werden/>*

## Castor 2011: Energiewende jetzt!

Trotz der erhöhten Strahlenwerte im Zwischenlager Gorleben scheinen die Regierenden nichts an dem Plan ändern zu wollen, Ende des Jahres den Castor mit deutschem Atommüll von Frankreich nach Gorleben zu fahren. Ein mögliches Datum ist das letzte November-Wochenende. In der Anti-Atom-Bewegung laufen daher die Vorbereitungen der Proteste an und auch bei uns im Verband tut sich einiges.

Wenn der Castor rollt, werden wir schon da sein. Wir lassen uns vom „Ausstieg“ der schwarz-gelben Bundesregierung und der grünen „Opposition“ nicht besänftigen. Wir fordern mehr denn je eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und einer demokratischen Energieversorgung. Diese kann

nicht im Schulterschluss mit den großen vier Energiekonzernen geschehen, sondern nur gegen sie, ihre Macht und ihre Profite. Jeder Tag bis 2022 birgt die Gefahr eines verheerenden GAUs, weswegen unsere Antwort nur heißen kann: die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen weltweit! Auch der verlogene Weiterbetrieb von deutschen Urananreicherungsanlagen sowie der Export von Atomtechnologien müssen ein Ende haben. Außerdem kann der ungeeignete Salzstock in Gorleben nicht weiter als atomares Endlager gehandelt werden.

Linksjugend [‘solid] Bundesverband



## Veranstaltungen

### Buchlesung mit Erika Maier

» **5.10., 19 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Buchpremiere: „Die Braut sagt nein. Utopia 1990.“** Buchautorin **Erika Maier** liest aus ihrem neuesten Buch und freut sich auf interessante Gespräche mit den Gästen dieser Veranstaltung. Es sind alle herzlich eingeladen!

### Politische Bildung

» **11.10., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Thema: „**Nach den Wahlen ist vor den Wahlen? Wie weiter mit linker Bildungspolitik?**“, Referentin: **Dr. Manuela Schmidt**, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Eintritt: 1,50 Euro

*Vorankündigung:*

» **8.11., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Thema: „**Der Mantel der Geschichte und andere deutsche Denkwürdigkeiten**“, Referent: **Prof. Dr. Ludwig Elm (Jena)**, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Eintritt: 1,50 Euro

## Erste Zusammenkunft der BVV-Fraktion nach der Wahl

Die neue Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf der 17. Wahlperiode hat sich am Montag, dem 26. 09. 2011, erstmals getroffen und begonnen, sich zu konstituieren. Einstimmig wurde beschlossen, den Vorstand der bisherigen Fraktion geschäftsführend bis zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt zu belassen. Die Neuwahl ist für den 31. Oktober 2011 geplant.

Es wurde der Entwurf einer Geschäftsordnung vorgestellt, am 24. Oktober 2011 wird die Fraktion hierüber sowie über eine Finanz- und Wahlordnung beschließen.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf wird am 15. Oktober 2011 eine Hauptversammlung durchführen und unsere KandidatInnen für das Amt der Bezirksbürgermeisterin sowie für eine/einen Bezirksstadträtin/Bezirksstadtrat nominieren.

**Bjoern Tielebein**

Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE  
in der BVV Marzahn-Hellersdorf

## Hinten links

### Die Rentenangleichung Ost-West ...

... dauert, der Osten liegt rund 11 % unter West-Niveau. Bei den durchschnittlichen Jahreseinkommen liegen die Neuen Bundesländer sogar zwischen 20 % bis 30 % hinter den Alten! Im Osten werden 98 % des Alterseinkommens aus der gesetzlichen Rente gespeist; private Vorsorge war nicht „in“ in der DDR. 27 % der einzahlenden Versicherungspflichtigen sind „Beitrittsbürger“. Ihr Anteil an allen Rentenbeiträgen beträgt gar 28 %. Die im Osten daraus gesetzlich zu versorgenden Rentner machen aber nur 21 % aller Bezieher von Alterseinkünften aus.

### Frage

Welche Partei wird den Ostwählern demnächst versprechen, die mit hin angeglichenen Lebenshaltungskosten im Osten wenigstens wieder um 11 % abzusenken?

**R. Rüdiger**

## Bezirksvorstand

» **11.10., 18.10.** jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

## Basisgruppensprecher-Beratungen

» **2.11.**, 18 Uhr (BO Biesdorf) Theater am Park, Begegnungsstätte, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» **2.11.**, 19.30 Uhr (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **3.11.**, 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12

## IG

» **20.10., 15 Uhr**, IG SeniorInnen, Treff bei bei Hanna

## Sprechstunden

» **12.10., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **13.10., 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose, weitere Termine erfragen unter 54431890 oder 5412130

» **17.10., 17 - 18 Uhr**, **Regina Kittler**, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» **15.11., 19.00 - 20.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdA), **Petra Wermke** (Bezirksverordnete), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest, Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

## BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

## Hauptversammlungen

» **15.10., ab 10 Uhr**, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, 5. Tagung der 2. Hauptversammlung **in Auswertung der Wahlen vom 18.9.2011, u.a. mit Nominierung für Bezirksamt**

» **19.11., ab 10 Uhr**, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, 1. Tagung der 3. Hauptversammlung mit neu gewählten Delegierten, auf der Tagesordnung u.a.: **Wahl des Bezirksvorstandes, der Bezirksfinanzrevisionskommission**

**Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12**  
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

### Öffnungszeiten:

**Montag** 13 - 17 Uhr

**Dienstag:** 10 - 17 Uhr

**Donnerstag:** 10 - 18 Uhr

**Freitag:** 10 - 13 Uhr

**Geschlossen:** Vom 7. - 12. Oktober 2011

### Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin  
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

**Internet:** www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**E-Mail:** bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Redaktionsschluss:** 4.10.2011. Auslieferung ab: 4.10.2011. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 3.11. und 1.12.2011.